

Große Ernüchterung um den Fliegerhorst

Denkmalschutzbehörden hebeln Pläne für Umgestaltung aus: Zweckverband lässt Kaufvertrags-Abschluss platzen

Am Abend der Stadtverordnetenversammlung ist die eigentliche Bombe geplatzt: Bei einem Treffen des Fliegerhorst-Zweckverbandes kam heraus, dass neue Auflagen der Denkmalschutzbehörden die geplante Vermarktung des 95 Hektar großen Hauptareals praktisch unmöglich machen. Der Vorstand des Zweckverbandes, bestehend aus Vertretern der Städte Erlensee und Bruchköbel, beschloss daraufhin umgehend, die für nächste Woche geplante Kaufvertragsunterzeichnung mit dem Fliegerhorst-Eigentümer, der Bundesanstalt für Immobilienaufgaben (Bima), zu lassen. Die Erlenseer Stadtverordnetenversammlung am Donnerstagabend stand entsprechend ganz im Zeichen der ernüchternden Entwicklung, zumal es bei allen Tagesordnungspunkten ausschließlich um die Konversionspläne für den früheren Militärflughafen ging.

Bei der nicht-öffentlichen Zusammenkunft des Zweckverband-Vorstands am Mittwochabend, bei dem auch Magistratsvertreter beider beteiligter Städte zugegen waren, soll regelrecht Entsetzen über die „neuerlichen weltfremden Verfügungen“ der Denkmalschutzbehörden vorgeherrscht haben. Ein Teilnehmer, der ungenannt bleiben wollte, fasst das so zusammen: „Die haben noch einmal gewaltig nachgelegt und jetzt wirklich fast jeden einsturzgefährdeten Schuppen unter Denkmalschutz gestellt.“ Fakt ist, dass neben zahlreichen weiteren Gebäuden von fünf auf dem Gelände verstreuten Hangars inzwischen vier unter Denkmalschutz stehen – zusätzlich zu den schon bekannten Gebäuden wie etwa Casino oder Fliegerhorst-Kirche.

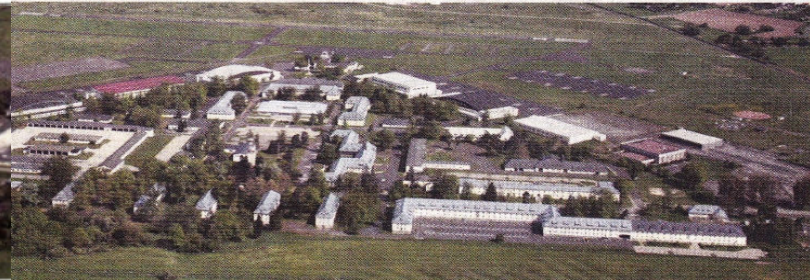
Vermarktung kommt ins Wanken

Die vorgesehene Vermarktung des Geländes, auf dem die Ansiedlung mindestens eines Logistikunternehmens und vieler Gewerbebetriebe geplant ist, kommt damit stark ins Wanken: Entweder lässt sich das Gewünschte jetzt baulich kaum noch umsetzen – weil der Neubau großer Fahrzeughallen durch „Denkmalschutzinseln“ fast unmöglich gemacht wird – oder aber die Auflagen sind so einschneidend, dass potenzielle Investoren wegen der kostspieligen Sicherung der einsturzgefährdeten „Denkmäler“ abwinken könnten. Letztere Befürchtung scheint auch ein Grund dafür zu sein, dass der Zweckverband entgegen der Praxis bei früheren Sitzungen diesmal keine Presseerklärung herausgab.

Schließlich sollen bereits erste Vorverträge mit potenziellen Investoren abgeschlossen worden sein, die auf die neue Entwicklung verschreckt reagieren könnten. Geplant war, dass der Zweckverband das betreffende 95-Hektar-Teilareal am kommenden Mittwoch bei einer feierlichen Vertragsunterzeichnung von der Bima erwirbt, um es anschließend in Eigenregie zu vermarkten. Daraus wird nun vorerst nichts: Erst einmal sollen alle möglichen Stellen bis hinauf zur Landesebene eingeschaltet werden, um die Beamten der Denkmalschutzbehörden zu einer Revison ihrer umstrittenen Entscheidung zu be-



Was die Konversion des Fliegerhorsts



Archivfoto: Privat

wegen. Sollte das nicht gelingen, will der Zweckverband den Kaufpreis – zuletzt war die Rede von rund fünf Millionen Euro – neu verhandeln, da unter den gegebenen Auflagen die ursprünglich gewünschte flächendeckende Vermarktung nicht mehr möglich ist, zumindest aber deutlich weniger lukrativ wird.

Angesichts dieser Entwicklung gab es bei vielen Stadtverordneten lange Gesichter. Aber nicht nur deswegen, sondern auch, weil gleich ein halbes Dutzend Anträge zu dem Thema, gestellt unter alter Kenntnislage schon vor zwei Wochen, praktisch hinfällig waren. Hinfällig waren die meisten Anträge aber nicht nur wegen der Aktualität, die sie eingeholt hatte, sondern schlichtweg, weil die Stadtverordnetenversammlung Erlensee dazu überhaupt keine Zuständigkeit besitzt – sämtliche Entscheidungen zur Fliegerhorst-Zukunft wurden schließlich von Erlensee und Bruchköbel an den gemeinsamen Zweckverband übertragen.

Darüber mussten sich die Stadtverordneten von Grünen und SPD durch den Magistrat befehlen lassen. Sie wollten in ihren Beschlussvorlagen direkte Aufträge an den Fliegerhorst-Zweckverband erteilen. Stadträtin Birgit Behr (CDU) hatte sämtliche Anträge von der Kommunalaufsicht juristisch prüfen lassen und wies darauf hin, dass der Zweckverband ein eigenständiges Gremium sei, dem die Stadtverordnetenversammlung also bestenfalls Empfehlungen geben könnte.

So entwickelte sich erst einmal eine Grundsatzdiskussion, ob es überhaupt richtig war, die Entwicklung des Fliegerhorsts an einen Zweckverband zu übertragen. Einige Abgeordnete von SPD und Grünen hinterfragten die von ihnen selbst mitgetragene Entscheidung; Abgeordnete der CDU sprachen von einer Phantomdebatte, da ja auch im Zweckverband Erlenseer Stadtverordnete aller Parteien als Entscheidungsträger vertreten seien.

Angenommen wurde schließlich mit rot-

ZITIERT

„Wir sind im Moment aufgrund des Denkmalschutzes geknebelt.“

(Der Erlenseer CDU-Stadtverordnete Horst Pabst, der auch die Stadt im Zweckverband Fliegerhorst vertritt)

grüner Mehrheit ein SPD-Antrag, in dem „empfohlen“ wird, dass Vertreter des Zweckverbandes künftig regelmäßig Berichte in den Ausschüssen der Stadt Erlensee abgeben sollen. Die CDU stimmte dagegen. Fraktionsvorsitzender Max Schad meinte dazu, die SPD hätte früher immer gegen Transparenz gestimmt, und diese Beschlussvorlage sei – da ja ohnehin SPD-Abgeordnete auch im Zweckverband präsent seien – nur ein politisch motivierter Schauantrag. SPD-Fraktionschef Jörg Mair erwiderte, dass in der Bruchköbeler Stadtverordnetenversammlung ein gleichlautender Antrag einstimmig beschlossen worden sei.

Parlament bestätigt Nichterwerb

Ebenfalls mit rot-grüner Mehrheit wurde eine weitere Empfehlung beschlossen, nämlich die, dass der Vorstand im Zweckverband Fliegerhorst erweitert werden soll. Die CDU verwies darauf, dass der Zweckverband dies bereits schon einmal abgelehnt habe. Von der Zweckverbandsentscheidung vom Vorabend bereits überholt war der SPD-Antrag, dem Gremium zu empfehlen, denkmalgeschützte Flächen und Gebäude auf dem insgesamt 240 Hektar großen Fliegerhorst nicht zu erwerben. Bei Enthaltung der CDU wurde dieser Antrag mit rot-grüner Mehrheit umformuliert: „Die Stadtverordnetenversammlung Erlensee spricht sich bis zu einer deutlichen Verringerung der Denkmalschutzauflagen zum Nichterwerb der betreffenden Flächen aus.“ Einen Schlagabtausch gab es um die Grünen-Forderung, die Beantra-

gung zur Änderung des regionalen Flächennutzungsplanes durch den Zweckverband zu stoppen – zumindest in einem „Empfehlungsbeschluss“. Der Verband will in diesem übergeordneten Plan Flächen zugunsten von Logistikansiedlungen umwidmen lassen. CDU-Stadtverordneter Horst Pabst, selbst im Zweckverband Mitglied, nannte dies eine Grundvoraussetzung, um das Gelände überhaupt vermarkten zu können. Weil der Regierungspräsident nie und nimmer ein komplettes Gewerbegebiet dieser Größe genehmigen würde, soll zu großen Teilen die Nutzung für Logistikunternehmen ermöglicht werden. „Das heißt natürlich nicht, dass dort dann auch zwangsläufig Logistik-Unternehmen angesiedelt werden müssen.“

Grünen-Sprecher Reiner Bousonville hält diese Vorgehensweise für widersprüchlich und forderte, die Umwidmung des Flächennutzungsplanes abzulehnen. Dafür fand er diesmal aber nicht die Unterstützung der SPD. „Die Änderung des Flächennutzungsplanes ist eine strategische Notwendigkeit“, erklärte Fraktionschef Jörg Mair. Vertreter aller Parteien betonten abschließend, dass niemand eine weitere massenhafte Ansiedlung von Logistik-Unternehmen wolle. Die Parteien sprachen sich für eine maßvolle Ansiedlungspolitik aus. „Einen Logistikbetrieb als Anker für die Vermarktung werden wir zur Entwicklung des Geländes aber doch brauchen“, meinte CDU-Fraktionschef Max Schad. Die Grünen plädierten stattdessen für den Bau einer großflächigen Fotovoltaikanlage. Robert Göbel (HA)